Unter Generalverdacht

Zum Artikel „Kein deutsches Visum für Besuch aus Simbabwe“ (TAGEBLATT vom 5. Oktober) schreibt Jochen Müller aus Stade:

Hinter der scheinbar politisch begründeten Verweigerung der Fortführung des Schüleraustauschprogramms verbirgt sich eine Verachtung und Fremdenfeindlichkeit, die bisher in dieser Deutlichkeit nur aus der rechtsextremen Richtung bekannt ist. Nun wird sie erkennbar auch unter Federführung des Auswärtigen Amtes praktiziert.

Die unbegründete Annahme, die zum Teil noch minderjährigen Schüler*innen aus Simbabwe oder ihre Lehrkräfte könnten versucht sein, nach ihrem Gastbesuch an der IGS Stade nicht mehr zu ihren Eltern und Familien zurückzukehren, stellt die afrikanischen Schulpartner*innen unter Generalverdacht. Dieses Herrenmenschendenken ist nicht nur beschämend, sondern ebenso besorgniserregend: Die Verweigerung der Visa-Bewilligung für den Schüleraustausch biedert sich in beängstigender Weise der menschenfeindlichen Haltung der AfD an, die keinen Hehl daraus macht, dass sie in diesem Lande keine Fremden wünscht.

Sollte es dem Auswärtigen Amt tatsächlich aber nur um die Finanzierung des Austauschs gehen, dann wiederholt sich die Geschichte in erschreckender Weise: Auch Kanzler Brüning kürzte Anfang der 30er Jahre drastisch die Sozialleistungen, verschonte das Militär und nahm Rücksicht auf die Nationalsozialisten. Die Folge war deren Aufstieg zur uneingeschränkten Macht.

„Wehret den Anfängen“, „Nie wieder ist jetzt“ - sind Mahnungen, die sich längst überholt haben angesichts der rüstungsintensiven und rücksichtslosen Politik der Regierung und vor dem Hintergrund der schleichenden Akzeptanz der AfD durch Gesellschaft und Politik.

Philipp Ruch, Autor des Buches „Der Rückfall“, ist sich sogar sicher: „Wir werden Ähnliches durchmachen.“

Stader Tageblatt, 9.10.2026